Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Vollständig.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 613. Donnerstag den 1. December 1892. 86. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Stücke 41 und 42 des diesjährigen Reichsgesetzblattes sind bei uns eingegangen und werden bis zum **23. December dieses Jahres** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dieselben enthalten:

Nr. 2052. Bekanntmachung, betreffend die Verkehrs-Ordnung für die Eisenbahnen Deutschlands. Vom 15. November 1892.

Nr. 2053. Bekanntmachung, betreffend die Vereinbarung erleichternder Vorschriften für den wechselseitigen Verkehr zwischen den Eisenbahnen Deutschlands einerseits und Oesterreichs und Ungarns andererseits rücksichtlich der bedingungsweise zur Beförderung zugelassenen Gegenstände, in Gemäßheit des §. 1 letzter Absatz der Ausführungs-Bestimmungen zum internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr. Vom 15. November 1892.

Nr. 2054. Verordnung, betreffend die Ausschließung und die Beurkundung des Personenstandes für das südwestafrikanische Schutzgebiet. Vom 8. November 1892.

Nr. 2055. Bekanntmachung, betreffend die Gestattung des Feilbietens von Bier im Umherziehen. Vom 7. November 1892.

Leipzig, den 26. November 1892.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Bekanntmachung.

Herr Stadtrath Finanzrath Dr. jur. **Carl Hermann Bernhard Fischer** ist heute als befoldeter Stadtrath der Stadt Leipzig von Neuem, mithin auf Lebenszeit, verpflichtet und in sein Amt eingewiesen worden.

Leipzig, den 30. November 1892.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Größel.

Bekanntmachung,
die am 1. December 1892 vorzunehmende Viehzählung betr.

Nach Beschluß des Bundesrathes vom 7. Juli d. J. hat eine Erhebung der Viehhaltung nach dem Stande vom 1. December 1892 stattzufinden und soll diese Aufnahme von Haus zu Haus erfolgen.

Die Aufnahme erfolgt mittelst gedruckter Formulare, von denen jedem Hausbesitzer eines zugestellt wird und für deren Ausfüllung nach Anleitung der aufgedruckten Vorschriften der Letztere zu sorgen verpflichtet ist.

Auch in denjenigen Hausgrundstücken, in denen notorisch keine der in Frage kommenden Thiergattungen gehalten werden, soll ein Erhebungsformular behändigt werden. In solchem Falle hat der Besitzer ein „Null" oder „werden nicht gehalten" in die Spalten des Formulars zu setzen.

Mit der Durchführung dieser Zählung haben wir unser statistisches Amt beauftragt, welches die betr. Listen bis zum 23. November austragen und vom 5. December ab wieder einholen lassen wird.

Sollte bis zum 25. November in einem Grundstück eine Liste noch nicht abgegeben worden sein, so ist eine solche ungesäumt bei Vermeidung einer Strafe bis zu 20 ℳ bei unserem statistischen Amte — Kupfergäßchen 1, II., — zu verlangen.

Leipzig, den 12. November 1892.

Der Rath der Stadt Leipzig.
St. A. 1575/92. Dr. Georgi. Dr. Hasse.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Armenamte sollen
Freitag, den 2. December 1892,
Vormittags von 9 Uhr an
im hiesigen Stadthause
verschiedene Gegenstände, als:
Möbel, Betten, Wäsche, Kleidungsstücke, Haus-, Küchen- und Wirthschaftsgeräthe u. A. m.
öffentlich versteigert werden.

Leipzig, am 30. November 1892.

Das Armen-Amt.
Hentschel. Artus.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit der Verordnung der Königlichen Ministerien des Cultus und öffentlichen Unterrichts und der Justiz vom 10. Februar 1870 wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß der **Kirchenvorstand der Thomaskirchengemeinde** aus folgenden Mitgliedern besteht:

Dr. theol. O. **Punk**, Superintendent und Pfarrer zu St. Thomä,
Dr. jur. Erg. O. **Freiesleben**, Reichsgerichtsrath,
B. Otto **Brückwald**, Hofbaumeister und Architekt,
Lic. theol. et Dr. ph. Hrm. Ferd. **von Criegern**, 1. Diakonus zu St. Thomä und Diversions-Prediger,
Karl Albert **Engemann**, Tischlermeister,
Theod. O. **Hering**, Glasermeister,
Dr. ph. Frz. Em. **Jungmann**, Professor und Rector an der Thomasschule,
Heinr. Otto **Keilberg**, Kaufmann,
Karl Frdr. Eduard **Mangner**, Lehrer an der V. Bürgerschule,
Karl Felix **Schaeffer**, Kaufmann,
Dr. ph. Willem **Smitt**, Schuldirector,
Dr. jur. et theol. Rudolf **Tohm**, Geheimer Hofrath und Professor an der Universität,
Lic. theol. et Dr. ph. L. E. **Tuppe**, Archidiakonus zu St. Thomä,
Franz **Weise**, Uhrmacher,
Ludw. **Wenzel**, Director der Leipziger Kammgarnspinnerei,
Heinr. Gust. **Zweiniger**, Kaufmann.

Leipzig, am 28. November 1892.

Der Kirchenvorstand zu St. Thomä.
D. Punk.

Sparcasse in der Parochie Schönefeld
zu Leipzig-Reudnitz, Grenzstraße Nr. 2.

Wegen Jahresberechnung und Abschluß der Conten werden **Sparbücher in der Zeit vom 19. bis 31. December 1892 nicht expedirt.** Für Ein- und Rückzahlungen ist der 17. December der letzte Expeditionstag in diesem Jahre.

Vom 2. Januar 1893 ab werden wieder täglich früh von 8 bis 1 Uhr Spareinlagen angenommen und Rückzahlungen geleistet.

Leipzig-Reudnitz, 22. November 1892. **Robert Liebert,** Director.

Verdingung.

22 Stück Doppelfenster aus Kiefernholz sollen bis **20. December 1892** beschafft werden. Bedingungen einzusehen Baracke A, Stube 23. Angebote verschlossen abzugeben bis 5. December 1892 an

Commando
10. (Königl. Sächs.) Infanterie-Regiment Nr. 134.

Die Krisis in Frankreich.

* Krisen an allen Ecken und Enden der Welt — so kann man ausrufen beim Lesen der Nachrichten aus Berlin, Wien, Pest, Rom und zur Abwechselung wieder einmal aus Paris. Ueberraschen kann es Niemand, daß das Cabinet Loubet den Weg so vieler Vorgänger gegangen ist; daß es aber in der Schlammfluth des Panamacanales untergegangen, das gehört zu jenen Ueberraschungen, an denen Frankreich mit jedem Jahre reicher wird. Seit dem 18. October d. J., an welchem Tage die Herbstsession der französischen Deputirtenkammer begann, war das Ministerium Loubet wie mit allen Hunden gehetzt. Angesichts der im nächsten Herbst stattfindenden allgemeinen Wahlen hatten fast alle Parteien des Hauses das Bestreben, das farblose und schwache Cabinet zu verdrängen und ein Ministerium eigener Richtung an das Ruder zu bringen. Fast kein Sitzungstag verging ohne Zwischenfall, und Anfragen und Interpellationen bildeten die ständige Tagesordnung dieser Saison. Mehr als einen harten Strauß hatte Herr Loubet mit den vereinigten Monarchisten, Boulangisten und Radicalen auszufechten, und überraschender Weise ist er bis in die neueste Zeit aus allen diesen parlamentarischen Kämpfen siegreich hervorgegangen, so daß es fast den Anschein hatte, als sollte das Ministerium vom 28. Februar d. J., dem man allgemein nur eine sehr kurze Lebensdauer voraussagte, doch noch das Neujahr überdauern und möglicherweise sogar die neuen Wahlen leiten. Der 28. November hat diese Annahme als hinfällig erwiesen; aber das Cabinet Loubet ist nicht gestürzt worden, sondern es hat sich selbst umgebracht, es hat einen Selbstmord begangen.

Die Führer der Opposition, denen es sicher sehr unangenehm sein müßte, im gegenwärtigen Augenblick der größten Unordnung und Verwirrung, wo der Panamaskandal gleich einem Damoklesschwert über allen Parteien schwebt, zur Uebernahme der Regierung berufen zu werden, boten Alles auf, um dem Conseilspräsidenten Loubet und dem Justizminister Ricard goldene Brücken für den Rückzug zu bauen. Sogar ein Vertrauensvotum wurde beantragt, um der Regierung die Möglichkeit zu verschaffen, aus der Sackgasse, in welche sie durch die Ungeschicklichkeit Ricard's gerathen war, herauszukommen. Es war jedoch Alles vergeblich, und als sogar von radicaler Seite die Hand entgegengestreckt wurde, um dem strauchelnden Ministerium wieder auf die Beine zu helfen, da erklärte der Conseilspräsident mit einer Starrköpfigkeit, die man sonst an ihm nicht zu beobachten Gelegenheit hatte, daß das Ministerium nur die einfache Tagesordnung annehme und alles Andere bestimmt zurückweise. Es konnte in diesem Augenblick kein Zweifel mehr sein: Herr Loubet und seine Collegen waren der ununterbrochenen parlamentarischen Scharmützel müde, und die Gelegenheit, aus einer überaus verwickelten und unerfreulichen Lage herauszukommen, in die sie nicht ohne ihr Zuthun gerathen waren, schien so günstig, daß der Ministerpräsident um jeden Preis gestürzt sein wollte.

Die Hinterlassenschaft, welche das nächste Cabinet von Loubet und Genossen überkommt, ist keine angenehme und die Situation der neuen Minister ist keineswegs beneidenswerth. Nach den neuesten Nachrichten erscheint es als ziemlich sicher, daß Herr Brisson, der Präsident der Panama-Untersuchungs-Commission, an die Spitze des Ministeriums treten wird. Brisson war schon einmal Chef des französischen Cabinets und zwar vom 6. April 1885 bis zum 7. Januar 1886. Brisson ist seinem politischen Charakter nach conservativer Republikaner, und er hat auch schon wissen lassen, daß, wenn er noch die Cabinetsbildung durchzuführen sich entschließt, er kein radicales Cabinet bilden wird. Welche anderen Minister in das neue Cabinet eintreten werden, ist noch unbestimmt. Man spricht von Ribot und Freycinet, die in dem gestürzten Cabinet die Ministerien des Aeußeren und des Krieges bekleideten. Von Bedeutung wird es sein, ob auch der frühere Minister des Innern, Constans, ein Amt in der neuen Regierung findet. Wie heute die Dinge in Frankreich liegen, so ist die Ernennung eines energischen Ministers des Innern in hohem Grade wünschenswerth. Das Cabinet Loubet hat durch sein Zaudern und seine Schwäche die Partei der socialen Revolution in außerordentlicher Weise keck und stark werden lassen. Noch niemals zuvor hat der anarchistische Schrecken sich so über das ganze Land verbreitet, wie während der Herrschaft des Ministeriums Loubet. In Paris folgten die anarchistischen Verbrechen mit einer Schnelligkeit aufeinander, daß darüber in der ganzen Welt ein Schrei des Entsetzens sich erhob. Kein Wunder, wenn im französischen Bürgerthum ganz allgemein das Verlangen nach einer energischen Hand vorhanden ist, die mit den Herren Anarchisten und Socialisten nicht viel Federlesens macht. Ein solcher energischer Mann würde nach Dem, was er früher geleistet, Herr Constans sein. Wir sind überzeugt, daß ihm bei kräftigem Vorgehen gegen die geschworenen Feinde des Staates und der Gesellschaft auch die Unterstützung der Monarchisten nicht fehlen würde, und das neue Cabinet könnte alsdann der Radicalen in der Deputirtenkammer, die nur 120 Köpfe zählen, gegen etwa 400 gemäßigte Republikaner und Monarchisten, sich leicht erwehren. Leider ist Herr Constans eine zu intriguante Natur, um ein begehrenswerther College zu sein.

Man wird nun abzuwarten haben, wie die Dinge weiter verlaufen, welches Cabinet schließlich aus der gegenwärtigen Krisis hervorgehen wird. Was die Cabinetsbildung besonders schwierig macht, ist die Thatsache, daß kein anderes Land so viele Ministerien verbraucht hat wie Frankreich seit dem Bestehen der gegenwärtigen republikanischen Regierungsform. Es sind in Folge dessen nicht allzu viele hervorragende Männer mehr vorhanden, die, ohne daß sie schon früher Dem oder Jenem sich verhaßt gemacht haben, in die Regierung eintreten können. Es liegt in der Natur der menschlichen Dinge begründet, daß Derjenige, der ein öffentliches Amt bekleidet, hier oder dort Anstoß erregt. Für uns Deutsche ist es von besonderem Interesse, daß die Ministerien des Auswärtigen und des Krieges nicht in Hände fallen, die bei uns bereits Anstoß erregt haben und auf einen neuen hinarbeiten. Revanchelustig ist Alles, was in Frankreich mit einiger Aussicht auf Erfolg nach einem Ministerposten streben kann; nur das Maß von Vorsicht, das mit dieser Lust sich paart, ist verschieden. Lebte der Geist Boulanger's in dem neuen französischen Cabinet wieder auf — z. B. in dem General Dodds —, so würde Graf Caprivi die neue Militairvorlage viel leichter durchdrücken, als wenn Herr Freycinet das Portefeuille des Krieges behält.

Deutsches Reich.

ss. **Berlin,** 30. November. In einer angesehenen Wochenschrift hat sich ein zweifellos nationalgesinnter Mann über das Wesen der nationalliberalen Partei sehr abfällig und über ihre Zukunft sehr pessimistisch ausgelassen. Der Verfasser hat unterlassen, diejenigen anderen Parteien anzuführen, die sich nicht gleich der nationalliberalen in dem gegenwärtigen Stadium der deutschen Entwickelung in einem kritischen Zustande befinden, und es ist vielleicht die beste Widerlegung seiner Ausführungen, daß ein der nationalliberalen Partei jedenfalls nicht als notorischer Gegner gegenüberstehender Publicist sich so äußern darf, wie es geschehen, ohne einer terroristischen Be- und Mißhandlung zu verfallen. An anderen Stellen wäre ein selbstgenügsames Pharisäerthum wohl sofort mit einem Anathema bei der Hand gewesen. Der Artikelschreiber unterzieht die nationalliberale Partei isolirt seiner Betrachtung ohne Rücksicht auf die Verhältnisse und insbesondere auf die anderen Parteien. Die Darstellung wird dadurch eine unbrauchbar einseitige, worüber hier aber nicht gerichtet werden soll. Nur ein Punct sei berührt. Wer immer über den Nationalliberalismus zu Gericht sitzt, hat einige tiefsinnige Worte über die „Culturkämpfer" dieser Partei, ihre „ungeschichtliche Anschauung" der katholischen Kirche. Das ist herkömmlich, und der Publicist, mit dem wir es zu thun haben, hat sich denn auch nicht entgehen lassen, von einer vermeintlich höheren Warte die bekannte vornehme Gleichgiltigkeit gegen den Ultramontanismus zu äußern. Selbstverständlich kennt er einen Ultramontanismus überhaupt nicht, sondern nur eine katholische Kirche. Nun ließe sich leicht nachweisen, daß schon vor der Reformation, zu einer Zeit also, da Deutschland ein anderes christliches Glaubensbekenntniß als das katholische nicht kannte, ein Gegensatz zwischen dem kirchlichen Bedürfniß und der römischen Machtpolitik vorhanden gewesen ist. Es genügt aber, sich an die neueste Zeit zu halten und an den Liberalismus in den süddeutschen Staaten zu erinnern, der unter Führern und Massen zahllose gläubige Katholiken zählt, die aber dem politischen Ultramontanismus noch mißtrauischer gegenüberstehen, als die liberale evangelische Bevölkerung. Sie sind sich bewußt, daß sie eine ungeheure Gefahr für Nationalität und Cultur vor sich haben und daß die „Uebersprungtheilen" der Hetzkapläne, mit denen angeblich die Nationalliberalen die geschichtlich gewordene katholische Kirche verwechseln, am meisten Aussicht haben, brutale Wirklichkeit zu werden, wenn die Hetzkapläne schweigen, wie es gegenwärtig der Fall ist. Es sind z. B. nicht Hetzkapläne, es ist der katholische Episkopat in Bayern, der, wenn auch nicht förmlich, den in dem bevorzugten klerikalen Verlag Bayerns erschienenen Taschenkalender für Gymnasiasten approbirt hat, aus dem im „Leipz. Tagebl." bereits eine Reihe von Proben mitgetheilt sind und in dem neben anderen Ungeheuerlichkeiten Folgendes zu lesen ist: „Lessing war ein schamloser literarischer Dieb, der an Unverfrorenheit seines Gleichen in der Literaturgeschichte aller Länder und Völker sucht und — nicht findet. . . . In „Emilia Galotti" und „Nathan dem Weisen" ist auch nicht ein einziger Satz dem Gehirn des „unsterblichen" Lessing entsprungen. . . . Lessing litt an einer gewissen Diebstahlswuth. . . . Goethe ist ein niedriger Mensch . . . . u. s. w." Steht etwa der Umstand, daß jungen Leuten derartige Bücher in die Hand gedrückt werden, im Widerspruch mit der „geschichtlich gewordenen katholischen Kirche" und ist die Bekämpfung solcher undeutschen Einflüsse nicht die selbstverständliche Aufgabe einer Partei, die sich eine nationale nennt? Wer Deutschland predigt, die Feinde von Vernunft und Wissenschaft gewähren zu lassen oder nicht tragisch zu nehmen, der predigt ihm, sich seiner allergrößten Kraft zu entäußern.

□ **Berlin,** 30. November. Im Vorort Rixdorf haben sich die zahlreichen Webermeister und Gesellen jetzt dem Textilarbeiter-Verband angeschlossen, in der Hoffnung, dadurch vielleicht Vortheile für sich herausschlagen zu können. Die Webermeister arbeiten ausschließlich für hiesige Großhandlungen, deren es 25 giebt. Mit den Inhabern derselben haben nun die Webermeister Rixdorfs conferirt, um eine Preiserhöhung für die Webereifabrikate herbeizuführen. Es wurde von den Fabrikanten und Händlern anerkannt, daß die Preise zu niedrig und die Löhne der Gesellen aufbesserungsbedürftig seien. Um jedoch Abhilfe schaffen zu können, sei es nothwendig, daß gleichzeitig in allen Webereien die Preise erhöht würden, sowie daß in anderen Weberorten nicht billiger gearbeitet würde. In Concurrenz ständen Treuen i. V. und einige oberbayerische Weberorte. Die Großhändler erklärten sich schließlich bereit, den Webermeistern in ihren Forderungen entgegenzukommen, sobald festgestellt sei, daß von diesen Orten die gleiche Arbeit nicht billiger geliefert werde.

Y. **Berlin,** 30. November. (Telegramm.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" versucht heute, die Behauptung der „Hamburger Nachrichten", Kaiser Wilhelm I. sei nicht bereit gewesen, unter Umständen auf die dreijährige Dienstzeit zu verzichten, als unrichtig nachzuweisen und führt zu diesem Zwecke den §. 12 des vom Frankfurter Parlament 1848 genehmigten Entwurfs zu einem Gesetze über die Wehrverfassung an. — Die „Post" schreibt: In hiesigen diplomatischen Kreisen finden die Mittheilungen der „Politischen Correspondenz" über den Großfürsten Thronfolger von Rußland und seinem Wunsche, sich mit der Prinzessin Marie von Griechenland zu verloben, viel Beachtung. Man erzählt sich, daß die Kaiserin von Rußland eine eifrige Förderin dieses Planes sei und ihren Sohn in seiner Neigung nur noch bestärke. Nun verbietet aber die griechisch-katholische Kirche die Ehe zwischen Geschwisterkindern und die Zarin und die Königin von Griechenland sind Geschwister. Man hat zwar seit Alters her Ausnahmen gemacht, aber die Volksstimme hat diese Ehen anstößig gefunden. Als Großfürst Paul, Bruder des Kaisers, mit der ältesten Tochter des Königs von Griechenland sich vermählte und die junge Großfürstin im Wochenbett starb, glaubte das Volk in Hellas darin die Fügung Gottes zu erkennen, da beide Gatten zu nahe mit einander verwandt waren. — In Hofkreisen erzählt man sich, der Kaiser werde am 10. Januar der Hochzeit des Thronfolgers von Rumänien in Sigmaringen beiwohnen.

— Der Kaiser hat beim Empfang des Reichstags-Präsidiums bekanntlich die „Erwartung" ausgedrückt, daß das Reichsseuchengesetz bald vorgelegt werden könne. Wie die „M. N. N." aus parlamentarischen Kreisen erfahren, hat das Präsidium bei diesen Worten den Eindruck gehabt, als ob die Schwierigkeiten, die der Vorlegung des genannten Gesetzes entgegenstanden, nicht ausschließlich in der Materie selber ihren Grund haben, daß vielmehr zugleich gewisse Bedenken von Bundesstaaten zu überwinden seien. Die Thronrede hatte bekanntlich das Reichsseuchengesetz nicht erwähnt. Da die Vorarbeiten zu einem solchen Gesetze längst im Gange sind und in bewährten Händen liegen, so würde es immerhin angemessen gewesen sein, den betreffenden Gesetzentwurf anzukündigen, wofern nur die verbündeten Regierungen bereits einig darüber gewesen wären, ein Reichsseuchengesetz zu machen. Dies scheint aber leider bis jetzt nicht der Fall zu sein.

— Nach neuerer Festsetzung des Senioren-Convents wird der „Frkf. Ztg." zufolge die Militaircommission, wenn sie aus 28 Mitgliedern zusammengesetzt wird, als dritte Achtundzwanziger-Commission in dieser Session, bestehen aus 6 Conservativen und Freiconservativen, 9 Centrumsmitgliedern, 1 Polen, 3 Nationalliberalen, 6 Freisinnigen und 3 Socialdemokraten. Die Volkspartei ist hierbei den Freisinnigen zugezählt.

— Bezüglich der Stellung des Fürsten Bismarck zur Militair-Vorlage schrieb die „Köln. Volks-Ztg.":

„Neuerdings geben die „Hamburger Nachrichten" zu, daß Fürst Bismarck um die Verdy'schen Pläne gewußt habe, aber die Sache wird so dargestellt, als ob die Einzelheiten der Vorlage nur im Kriegs- und Finanzministerium bekannt gewesen seien, während sein Interesse in der Hauptsache auf die finanzielle Tragweite beschränkt geblieben sei. Es liegt indessen auf der Hand, daß bei der Stellung des früheren Reichskanzlers kein Kriegsminister es gewagt haben würde, an die Ausarbeitung eines so großen Planes heranzugehen, ohne dessen grundsätzliches Einverständniß."

Dazu bemerken die „Hamb. Nachr.":

„Das klerikale Kölner Blatt thut sehr unbekannt mit den Verhältnissen, die damals der Entlassung des Fürsten Bismarck vorausgingen; es sollte aus den vielen seitdem erfolgten Veröffentlichungen wissen, wie die Stellung des Kanzlers den Ministern und gerade gegenüber dem Kriegsminister war. Daß General von Verdy gegen dringendes Abrathen des Kanzlers zum Minister ernannt wurde, ist längst bekannt, und schon diese Thatsache genügt, um die politische Combination über die damalige Allmacht des Ministerpräsidenten richtig zu stellen."

— Wie sich aus einer Mittheilung des Finanzministers in der Steuercommission ergab, sind die Erwägungen über die beabsichtigte Vorlage wegen der Erhöhung der Volksschullehrer-Besoldungen und sonstiger besserer Dotation der Volksschule noch nicht abgeschlossen.

— In der gestrigen Nachmittagssitzung der Steuercommission kündigte, dem „Hamb. Corr." zufolge, Finanzminister Miquel einen Gesetzentwurf an, wonach die Zinsen des aus den Ueberschüssen der Einkommensteuer zu bildenden Fonds zur Erleichterung der Schullasten für bedürftige Gemeinden und zur Aufbesserung der Minimalgehälter der Lehrer verwendet werden sollen.

— In der „Deutschen Revue" wird die Veröffentlichung von Briefen aus dem Nachlaß Lasker's jetzt abgeschlossen. Mittheilungen von politischer Bedeutung sind dem neuesten Hefte nicht mehr zu entnehmen, wohl aber das nachfolgende Schreiben des Großherzogs von Baden an Lasker, weil es bezeichnend für das einfache Wesen des Großherzogs ist. Er schreibt an den damaligen nationalliberalen Parteiführer:

Werthgeschätzter Herr!

Ich hoffe von Ihnen nicht für unbescheiden erachtet zu werden dafür, daß ich, ohne mit Ihnen persönlich bekannt zu sein, die Bitte an Sie richte, mir ein Stündchen Unterredung zu schenken. Die großen vaterländischen Interessen sind es, die meine Bitte wohl in Ihren Augen rechtfertigen werden. Sollten Sie meiner Bitte entsprechen können und wollen, so bitte ich Sie, morgen Vormittag halb zwölf Uhr zu mir kommen zu wollen.

Ihr ergebener (gez.) Friedrich, Gr. v. Baden.

Berlin, Niederländisches Palais, 2. April 1877.

— Für den 30. November ist, wie bereits gemeldet, der General-Synodalrath der evangelischen Landeskirche nach Berlin einberufen. Derselbe soll über die folgenden Fragen gutachtlich sich äußern: „Was ist seitens der evangelischen Kirche zu thun, um die neue Gesetzgebung über die Sonntagsruhe für die Heiligung des Sonntags in den Gemeinden fruchtbar zu machen?" und „Entspricht es dem Interesse der Kirche, der in geistlichen Kreisen vielfach gewünschten Veränderung im Besoldungswesen der Geistlichen durch Beseitigung des Pfründensystems und Normirung des Pfarrgehalts nach dem Dienstalter näher zu treten?"

* **Liegnitz,** 29. November. Der Oberkirchenrath beschloß, von einer Disciplinaruntersuchung gegen Pastor Ziegler wegen seines Vortrages über den historischen Christus abzusehen.

j. **Gera,** 30. November. Der Erbprinz von Reuß j. L., welcher, wie wir telegraphisch meldeten, die Landesregierung in Stellvertretung übernommen hat, ist am 10. November 1858 geboren. Den größten Theil seiner Kindheit verlebte er auf Schloß Osterstein. Die erste Schulbildung empfing er durch einen Gerver Elementarlehrer, an dessen Stelle nach drei Jahren ein Philologe trat. Im Jahre 1872 kam Prinz Heinrich auf das Gymnasium zu Wernigerode, welches er aber bereits zum Wintersemester 1874 wieder verließ, um in die Obertertia des Nicolai-Gymnasiums zu Leipzig einzutreten. Dieses verließ er bei Schluß des Sommersemesters 1876 als Obersecundaner, verbrachte alsdann ein Jahr im Pensionat Schlig zu Vevey (Schweiz) und kehrte von hier nach Deutschland auf das Vitzthum'sche Gymnasium zu Dresden zurück, an welchem er 1879 die Maturitätsprüfung mit dem Prädicat „gut" in allen Fächern ablegte. Seine Universitätsstudien hat unser Erbprinz in Bonn